

Energie Ried: Auch die Stadtpolitik im Visier der Ermittler

Staatsanwaltschaft interessiert sich sehr für politische Vorgänge in der Vergangenheit

III HINTERGRUND

VON THOMAS STREIF
UND DIETER SEITL



Gemeinderatssitzung vergangene Woche wurde bekannt gegeben, dass Großprojekte wie die Sanierung zweier Schulen samt provisorischem Containerdorf sowie eine groß angelegte Photovoltaikoffensive auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt sind – unter anderem, weil man derzeit nicht auf Rücklagen der Energie Ried zurückgreifen könne oder wolle.

Hintergrund dürfte sein, dass sich die zuständige Staatsanwältin der WKStA auch für die Vorgänge bei der Energie Ried und der Stadtpolitik der Zeit vor 2015 zu interessieren beginnt. Das heißt, dass im schlimmsten Fall Rückzahlungen bis zum Jahr 2001 zu tätigen sein könnten. Aus diesem Grund dürfte man bei der Stadtpolitik bei möglichen Projektumsetzungen auf der Bremse stehen. Am 9. März hatten die Rieder Stadtpolitiker bei einer längeren Pressekonferenz noch die (sehr ambitionierten) Pläne für die Gestaltung der Stadt angekündigt.

Unter anderem war da von einem innerstädtischen Parkhaus, dem Internatsneubau und einer Bezirkseisporthalle die Rede. Große Ziele, die jedoch mittelfristig nur schwer zu finanzieren sein werden. Derzeit ist kaum abzuschätzen, welche Missstände die Ermittlungen noch ans Licht bringen. Vieles hängt davon ab, wie viele belastbare Unterlagen auftauchen.

Die WKStA interessiert sich laut ÖÖN-Informationen längst nicht mehr nur für die ehemalige Geschäftsführung. Aus dem Rathaus ist zu hören, dass eine große Anzahl von politischen Protokollen von den Ermittlern angefordert wurde. Das dürfte bei dem einen oder anderen (Ex-)Politiker und Energie-Ried-Aufsichtsrat durchaus Anlass für Nervosität sein.

Vor allem die Rolle von Albert Ortig – als Bürgermeister war er die Ein-Mann-Generalversammlung



Die Energie Ried ist seit vielen Jahren im Besitz der Stadtgemeinde Ried.

Foto: Kaufmann

der Energie Ried – könnte bei den Ermittlungen noch wesentlich werden.

Prüfe der Prüfungsausschuss?

Bereits in einem Bericht aus dem Jahr 2014 kritisierte der Bundesrechnungshof nach einer Prüfung der Stadtgemeinde die Rieder Prüfungsausschuss des Rieder Gemeinderates habe die Gebarung der Gemeinde einschließlich ihrer Unternehmen zu überwachen – dies sei in Bezug auf die Energie Ried zumindest im Prüfungszeitraum 2009 bis 2012 aber nicht geschehen, so der Rechnungshof.

Die Stadtgemeinde argumentierte gegen eine Prüfungszuständigkeit des Ausschusses, der Rechnungshof blieb dabei: Entgegen der Ansicht der Stadtgemeinde sei eine Prüfung ausgegliederter Unternehmen durch den Prüfungsausschuss „als wesentliches Kontrollinstrument für die als Eigentümer tätige Gemeinde und als zweckmäßige Ergänzung der Kontrolle durch Unternehmensorgane“ zu erachten, so der Bundesrechnungshof im Jahr 2014: Es sei darauf zu dringen, „dass der Prüfungsausschuss seine umfassende Prüfkompetenz künftig wahrnimmt“.

Die Stadtverwaltung ließ den Prüfungsausschuss weiterhin nicht prüfen und sich ein Spezifikum entfallen: ein Beteiligungsmanagement in Person des Finanzdirektors der Stadt Ried. Allerdings wurden die von der Staatsanwaltschaft vermuteten schweren Mal-



Viele Herausforderungen warten auf Rieds Bürgermeister Bernhard Zwieler, der seit Herbst 2021 im Amt ist.

Foto: Striell

versationen auch von diesem offensichtlich über Jahre hinweg nicht entdeckt. Nach den Prüfungen des Rechnungshofes erhielt dieser einen Sondervertrag – dotiert mit rund 1 000 Euro pro Monat mit dem Ziel eines „effizienten Beteiligungsmanagements der Stadtgemeinde an ausgegliederten Betrieben“. Explizit angeführt ist darin auch „Controlling“ mit „Aufbau und Pflege eines Beteiligungscontrollings“ samt Berichtswesen und Analysen der Jahresabschlüsse. Warum dieses Controlling in Bezug auf die Kontrolle der Energie Ried offenbar versagt hat, ist dem Vernehmen nach eine jener Fragestellungen, mit denen sich die Ermittler intensiv befassen.

Aufklärung als Mammutaufgabe

Die neue Geschäftsführung der Energie Ried hat jedenfalls alle Hände voll zu tun: Die Aufklärung

der mutmaßlichen Malversationen gestaltet sich als Mammutaufgabe, die aktuellen Verwerfungen auf dem Strom- und Gasmarkt bringen neben dem Tagesgeschäft weitere große Herausforderungen mit sich.

Die Stadt Ried hat mit dieser Begründung beschlossen, eine weitere Führungskraft einzustellen.

Es gebe Themen aufzuarbeiten, „die ein Risiko darstellen, die den zusätzlichen finanziellen Aufwand für eine weitere Führungskraft leider als kleine Summe erscheinen lassen“, so Bürgermeister Bernhard Zwieler in der jüngsten Rieder Gemeinderatssitzung.

VP, SP und FP haben angesichts der Umstände für die Bewilligung einer weiteren Kraft gestimmt. Mahner der Opposition führen ins Treffen, dass dafür zusätzlich zur finanziell angespannten Lage erhebliche weitere Mittel nötig sein werden.

Ungewissheit in der Politik

Die Causa Energie Ried hat aber längst politische Dimensionen erreicht. Kein Wunder, schließlich handelt es sich um ein staadteigenes Unternehmen, Gewinne wurden in der Vergangenheit häufig in die Umsetzung von Projekten der Stadtgemeinde investiert. Aus den veröffentlichten Bilanzen ergibt sich, dass das Unternehmen noch über rund 30 Millionen Euro an Rücklagen verfügt.

Sehr viel Geld, doch wie viel davon bis zu einem rechtskräftigen Abschluss dieses mutmaßlichen Kriminalfalls übrig bleiben wird, kann noch niemand beurteilen. Bisher ist bekannt, dass wegen eines Schadens von bis zu sieben Millionen Euro ermittelt wird. Allerdings bezieht sich diese Summe lediglich auf die laufende Regulierungsperiode der E-Control seit 2015. Bei der